

## **KLEINE ANFRAGE**

**des Abgeordneten Michael Meister, Fraktion der AfD**

**Einkünfte von Mandatsträgern des Kreistages Vorpommern-Greifswald aus der Vermietung von Flüchtlingsunterkünften seit 2015**

**und**

## **ANTWORT**

**der Landesregierung**

### **Vorbemerkung**

Die Landesregierung geht bei der Eingrenzung des Personenkreises davon aus, dass Mitglieder von Kreistagen/Bürgerschaftsmitglieder/Mitglieder der Stadtvertretung gemeint sind, nicht jedoch Mitglieder weiterer Gremien, wie zum Beispiel sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner oder Aufsichtsratsmitglieder kommunaler Unternehmen.

1. Bezogen Mandatsträger des Kreistages Vorpommern-Greifswald seit 2015 bis heute als private Vermieter von Wohnungen, Häusern oder Unterkünften, die als Flüchtlingsunterkünfte dienten/dienen, Mieteinnahmen vonseiten der öffentlichen Hand [wenn ja, bitte aufschlüsseln nach Mietobjekt, Höhe der jeweiligen Mietzahlung und des jeweiligen Bezugszeitraumes (bitte anonymisierte Angaben)]?

Zur Unterbringung von Flüchtlingen werden durch das Land für die Erstaufnahmeeinrichtung sowie durch die Landkreise und kreisfreien Städte für die Gemeinschaftsunterkünfte beziehungsweise Wohnungen privatrechtliche Mietverträge mit privaten Personen oder mit juristischen Personen geschlossen. Die Daten über Mieteinnahmen von Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung werden statistisch nicht erhoben. Somit liegen sie der Landesregierung nicht beziehungsweise nicht aufbereitet vor.

Für die Landesregierung wäre aufgrund der erheblichen Zahl von Mitgliedern der kommunalen Gremien der Aufwand einer eigenen Erhebung so erheblich, dass es sich schon mit der engen Zeitvorgabe für die Beantwortung einer Kleinen Anfrage nicht verträge, sämtliche Sachverhalte anhand aller Namen von Kreistagsmitgliedern, gegebenenfalls auch sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern, zu überprüfen.

Für die Überprüfung vorliegender Daten wurde der Landkreis Vorpommern-Greifswald seitens der Landesregierung beteiligt. Hierzu erging innerhalb der gesetzten Frist folgende Rückmeldung:

„Nach Überprüfung und Abgleich der zur Verfügung gestellten Übersichten aller Landtagsabgeordneten und Mitglieder des Kreistages des Landkreises Vorpommern-Greifswald seit der Wahlperiode 2011 ist festzustellen, dass keine Mandatsträger als private Vermieter von Wohnungen, Häusern oder Unterkünften, die als Flüchtlingsunterkünfte dienen/dienen im Landkreis Vorpommern-Greifswald aufgetreten sind.“

2. Bezogen wirtschaftliche Vereine, an denen Mandatsträger des Kreistages Vorpommern-Greifswald als Gesellschafter beteiligt sind bzw. waren, seit 2015 bis heute aus der Vermietung von Wohnungen, Häusern oder Unterkünften, die als Flüchtlingsunterkünfte dienen/dienen, Einnahmen vonseiten der öffentlichen Hand [wenn ja, bitte aufschlüsseln nach Mietobjekt, Höhe der jeweiligen Mietzahlung und des jeweiligen Bezugszeitraumes (bitte anonymisierte Angaben)]?

Für die Überprüfung vorliegender Daten wurde der Landkreis Vorpommern-Greifswald seitens der Landesregierung beteiligt. Hierzu erging innerhalb der gesetzten Frist folgende Rückmeldung:

„Auch nach Prüfung der Mietverträge mit wirtschaftlichen Vereinen kam es zu keiner Übereinstimmung mit Mitgliedern des Kreistages oder Landtagsabgeordneten. Mietverträge wurden überwiegend mit kommunalen Unternehmen geschlossen, so dass hier lediglich Aufsichtsratsmitglieder, jedoch keine Gesellschafter, betroffen sein könnten.“